

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 5

Artikel: Innerpolitische Wandlungen
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329958>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 23.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Innerpolitische Wandlungen.

Von Robert Grimm.

In der Schweiz herrschte politisch jahrzehntelang der Freisinn. Geschichtlich war er die Partei der aufkommenden Bourgeoisie, nur daß sich dieses Aufkommen in der Schweiz langsamer vollzog als in manchen andern kapitalistischen Ländern. Der Mangel an nationalen Roh- und Hilfsstoffen bestimmte den Charakter der Wirtschaft: die dezentralisierte Industrie, ihr Gepräge als Exportindustrie. Die Dezentralisation hinderte die Zusammenballung der Industriebevölkerung in großem Maßstab, der Exportcharakter ermöglichte die verhältnismäßig lange dauernde Selbständigkeit der Einzelunternehmungen. Die Trennung der Leitung vom Besitz, der Uebergang vom kapitalistischen Einzelbesitz zum kapitalistischen Kollektivbesitz, vom einfachen Unternehmerverband zur Konzernunternehmung setzte sehr spät ein.

Diese Besonderheit der kapitalistischen Entwicklung färbte auf das innerpolitische Leben der Schweiz ab. Zwar kam der Gegensatz zwischen dem Kleinbürgertum und der werdenden Bourgeoisie verschwommen schon bei den Eisenbahnkämpfen der fünfziger Jahre in den Exponenten Stämpfli und Escher zum Ausdruck, ihr offen kapitalistisches Gepräge aber erhielt die bürgerliche Politik im Bunde erst zu Anfang des Jahrhunderts, genauer: mit dem 1905 beginnenden Regime der neuen Handelsverträge.

Bis zu diesem Zeitabschnitt war die Politik der herrschenden Partei vorwiegend kleinbürgerlich. Das «radikal-demokratisch» hatte seinen guten Sinn. Es war noch nicht Deckmantel der politischen Lüge, noch nicht die politische Lüge selbst. Mit den aus der bürgerlichen Revolution hervorgegangenen oder an ihrer Tradition genährten Massen konnte man die Formalpolitik entwickeln, sie in gewissem Sinne der Vollendung entgegenführen, nicht aber eine klar ersichtliche kapitalistische Politik treiben. Die Sorge galt zunächst der Sicherung der revolu-

tionären Errungenschaften, dann dem Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten, der in mancher Beziehung, den Volksmassen unbewußt, Voraussetzung für die kapitalistische Entfaltung der Wirtschaft war. Man lebte in der Zeit, da der Staat als ein neutrales, hoch über allen Gegensätzen der Wirtschaft und der Gesellschaft thronendes Gebilde galt.

In dieser Epoche konnte sich der Freisinn, soweit die Bundespolitik in Frage stand, auf die Mehrheit des Volkes stützen. Eine sozialistisch denkende Arbeiterschaft existierte nicht. Der Grütliverein war eine besondere Ausdrucksform des radikalen Kleinbürgertums, nicht mehr. Die Gewerkschaften standen vor ihren Anfängen, der harmlose Fachverein dominierte. So herrschte der Freisinn beinahe uneingeschränkt. Im Kampfe mit der katholischen Herrschaft zurückgebliebener Kantone holte er sich seinen Nimbus, der viel zur Wahrung der Tradition beitrug.

Das änderte mit dem Regime der neuen Handelsverträge. Die Teuerung war den Verträgen schon vorausgeeilt. Wie Pilze schossen die Gewerkschaften aus dem Boden. Die Kämpfe für die soziale Besserstellung, für das Koalitionsrecht und den Tarifvertrag, für kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne lösten zahllose Streiks aus. Die Arbeiterbewegung entwickelte sich zu einer Massenbewegung. Den Massen dämmerte das Klassenbewußtsein auf. Die Verschmelzung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung ward zur Tatsache.

Durch diese Entwicklung verschob sich des Freisinns politische Basis. Sie wurde schmaler. Immer größere Massen sonderten sich von ihm ab. Als Kerntruppe nach links verblieb der herrschenden Partei das Personal der öffentlichen Dienste, die Angestellten und Beamten der Privatwirtschaft. Wollte sich der Freisinn gegen die Abgabe weiterer Massen an die sozialistische Arbeiterbewegung wehren, so blieb ihm nur der Versuch mit der stärkern Betonung der Sozialpolitik, die seit den achtziger Jahren zum Stillstand gekommen war. Verhindern freilich konnten diese Versuche das Anwachsen der Arbeiterbewegung nicht. Dafür waren sie viel zu zögernd und unentschieden. Schritt für Schritt ging der Freisinn der Zersetzung entgegen, und nur der Majorz verschleierte sie noch.

Der Weltkrieg unterbrach diese Entwicklung für einen Augenblick und gab ihr gegen sein Ende hin einen entscheidenden Stoß. Der Majorz fiel. Der Proporz brachte die geschichtlich vollzogene Wandlung zum Ausdruck. Die Kriegsjahre hatten indes nicht nur den Proporz, sie hatten auch den Generalstreik gebracht. Die Auswirkung für den Freisinn war die Dezimierung seines linken Kerns. Das Staatspersonal kam in Berührung mit der Arbeiterbewegung und bekannte sich in seinen größern Teilen zu ihr. Damit war die Entwicklung als einer Partei der demokratischen Mitte abgeschlossen. Ideologisch war das

damals weder dem Freisinn, noch den breiten Volksmassen bewußt. Es bedurfte voller zehn Jahre, um die Tatsache in das allgemeine Bewußtsein überzuführen, und eben darum ist die Geschichte dieser zehn Jahre von Interesse.

Bis zum Ausgang des Krieges konnte sich der Freisinn als die Partei der allgemeinen Volkswohlfahrt ausgeben. Ihm gehörten neben Arbeitern, Angestellten und Beamten Unternehmer und Bankleute an. Landwirtschaft und Gewerbe, Konsumenten und Produzenten kämpften in seinen Reihen. Der Klassen- und Interessengegensatz schien innerhalb der Freisinnigen Partei überwunden. Theoretisch gab es für ihn nur zwei Gegensätze nach außen: kulturpolitisch zu den Konservativen, soweit der Kulturkampf noch nachzitterte, wirtschaftlich zu der Sozialdemokratie, als der Vertreterin der Gemeinwirtschaft. Im übrigen glaubte der Freisinn, auf dem Boden des Privateigentums den Ausgleich und die Versöhnung der gesellschaftlichen Gegensätze verwirklichen zu können.

Seiner Auffassung kamen scheinbar die engen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes entgegen. Keine Großstädte, keine nach Hunderttausenden zählende Industriezentren, keine Großbourgeoisie und keine Hochfinanz im Sinne des deutschen Industriekapitäns oder des englischen Weltbankiers. Die dezentralisierte Wirtschaft mit ihrer großen Zahl von Einzelunternehmungen führte zu einer mildern Ausprägung der Klassengegensätze, die Häufung des Reichtums und der Armut erreichte nicht jene Spannweite, wie in Ländern mit hochkapitalistischer Entwicklung. Aus dem gleichen Grunde bestanden, wenn man von dem praktisch bedeutungslosen protestantischen Zentrum absieht, während mehr als einem halben Jahrhundert nur zwei bürgerliche Parteien: die Klerikalkonservative und die Freisinnige Partei. Eine besondere, auf der Industrie und dem Bankkapital fußende Partei, etwa wie die weiland Nationalliberale Partei Deutschlands, hatte in der Schweiz weder Raum, noch war sie geschichtlich eine Notwendigkeit.

Lag so die politische Gestaltung infolge der Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung in der Schweiz verhältnismäßig einfach, gab es nicht jenen gewaltigen Gegensatz wie in großkapitalistischen Ländern, so entwickelten sich nichtsdestoweniger das kapitalistische System und die kapitalistische Produktionsweise. Die Kriegsjahre beschleunigten diese Entwicklung. Mit ihr schwanden Illusionen, mit ihr entstanden neue politische Ideologien.

Die erste Folge war die Bildung selbständiger Bauernparteien. Vergeblich berief sich der Freisinn auf seine Tradition, vergeblich auf seine der Landwirtschaft erwiesenen Gunstbezeugungen. Die Bauern hatten während des Krieges glänzende Zeiten, sie hatten das Blut des kapitalistischen Profits geleckt; jetzt wollten sie sich nicht mehr in den alten Pferch mit schmalere

Ration und halbleeren politischen Futtertrögen zurücktreiben lassen.

Der Freisinn war der Arbeiter entblößt. Das Staatspersonal schwenkte links ab. Die Bauern gingen eigene Wege. Was tun? Auf die Dauer war mit dem alten Klischee des wirtschaftlichen Liberalismus nicht mehr auszukommen, die Phraseologie der Klassenversöhnung versagte vor der einfachen Tatsache, daß der Freisinn selbst auseinanderfiel. Blieb die Frage eines neuen Programmes. Aber eben nur die Frage, auf die die Antwort fehlte. Unmittelbar unter den Nachwirkungen des Generalstreikes machte der Freisinn in sozialem Galopp. Die plötzliche Schwenkung verriet weniger die Ehrlichkeit sozialer Gesinnung, als das schlechte Gewissen und den Mangel an geschichtlicher Orientierung. Die Berner Freisinnigen arrangierten in der Verwirrung eine Kindstaufe und nannten sich für ein paar Jahre Fortschrittspartei. Mit der Verebbung des Landesstreikes retirierte sich der Freisinn auf das alte Gelände und schlug die Sorgen um eine wirkliche Neuorientierung um so leichter in den Wind, als die Krisenjahre die Arbeiterbewegung erheblich geschwächt hatten und die Hoffnungen des Freisinns neu belebten.

Derweil der Freisinn wieder mit dem alten Gesicht, wenn auch in verkleinertem Format, erschien, während die nach außen agierenden politischen Freisinnführer sich auf die vermeintliche Wiederkehr der guten alten Zeit freuten, sahen die Klügern im Hintergrunde — zufällig auch die, die die Parteikasse spiesen —, daß mit den alten Beteuerungen, mit dem alten Programm und den alten Kampfmethoden nicht mehr viel anzufangen wäre. Dieser Zwiespalt kennzeichnet die letzten zehn Jahre Geschichte des Freisinns. Die Partei, die sich anschickte, den gesellschaftlichen Gegensatz zu überwinden, ging am innern Parteigegensatz politisch in die Brüche.

Wie das wohl kam? Die mehr links stehenden, zumeist den akademischen Kreisen angehörenden Führer behielten nach außen ihre Position. Sie durften reden, sich auf die Tradition, auf die Leistungen des Freisinns berufen, tiefsinnige Aufsätze über den wirtschaftlichen Liberalismus, über die Grundsätze des liberalen Jungburschentums schreiben. Den Kurs der Freisinnigen Partei, die Praxis der freisinnigen Politik aber bestimmten die Führer hinter der Front. Das sind die Unternehmer und Bankiers, die Industriellen, Kaufleute und Gewerbler, mit einem Wort: die intransigenten Vertreter des bürgerlichen Klassenkampfes. Aber dieser Klassenkampf konnte im Rahmen der Freisinnigen Partei nicht hemmungslos durchgeführt werden. Es gab da einige Hindernisse. Etwas Rücksicht war man den noch beim Freisinn verbliebenen Beamten und Angestellten schuldig. In den Städten gibt es Konsumenten, die bei allzu starker Nachgiebigkeit gegenüber den Bauern leicht

vor den Kopf gestoßen werden können. Andererseits brauchte man die Bauern aus politischen Gründen wieder und mehr als einmal ist den Industriellen von höchster Stelle aus bedeutet worden, daß die Bauern sie im Jahr 1918 geschützt hätten und daß man sich die Bauern durch geeignete Konzessionen, etwa auf dem Gebiete der Zollfrage, sichern müßte.

Diese Widersprüche und Gegensätze führten nicht zur Sprengung der Freisinnigen Partei; dafür wäre der Aktionsradius zu klein gewesen. Aber die Widersprüche und Gegensätze führten zu einer andern Erscheinung von Belang. Die Führung der Bundespolitik entglitt den Händen der frühern Mehrheitspartei und ging an die durch die Weltanschauung geeinigte, durch ihre Ziele und Methoden geschlossene Katholisch-konservative Partei über. Nominell, zahlenmäßig herrscht zwar der Freisinn noch immer im Bundesrat, allein die Zeiten, da die freisinnige Mehrheit die Richtung der Bundespolitik bestimmte, sind vorbei. Was den Katholiken an Zahl abgeht, ersetzen sie durch die Geschlossenheit und Zielbewußtheit ihrer Partei. Sie bestätigen dadurch in ihrem Sinne die taktischen Auffassungen eines Lenin.

Ich mag hier nicht wiederholen, was ich am letzten Parteitag über diese Entwicklung in den letzten zehn Jahren ausführte, nicht die Leichensteine aufzählen, die sich der Freisinn in diesen zehn Jahren auf seinem langen Wege in das Kapitol der klerikalen Partei errichtete. Wichtiger als die Tatsachen, hat man sie einmal erkannt, ist ihre Erklärung.

Die Erklärung liegt zunächst in den Zielen und in der Struktur der Katholischen Volkspartei. Sie ist Gegnerin des Sozialismus aus Gründen der Weltanschauung und aus materiellen Interessen zugleich. Ihre Weltanschauung ist verankert in der römischen Kirche. Hüter dieser Weltanschauung ist weniger der klerikale Parteimann, als der römische Kleriker. Dadurch besitzt die Katholische Volkspartei eine ungeheure Waffe, die sie rücksichtslos in den Dienst der Politik stellt. Die letzten Nationalratswahlen mit ihren Pfaffenbriefen der Ortsgeistlichen bieten dafür schlagende Beweise. Durch die Verbindung von Kirche und Politik, von Weltanschauung und materiellen Interessen vermag die Katholische Volkspartei den Kampf weitaus geschlossener zu führen als der Freisinn.

Selbstverständlich ist auch die Katholische Volkspartei von innern Widersprüchen nicht frei. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit spielt auch bei ihr eine Rolle und führte zur Gründung einer eigenen Partei der Christlichsozialen. In allen entscheidenden Momenten aber wird dieser Gegensatz verdrängt durch die Gemeinsamkeit der Weltanschauung und des Dogmas, durch das gesprochene und ungesprochene Machtwort der Kirche und des römischen Glaubens.

Die Katholische Volkspartei hat dadurch dem Freisinn gegen-

über Wesentliches voraus. Sie treibt bürgerlich-kapitalistische Politik im Schatten der Kirche, ist nach dieser Richtung in ihren Entschlüssen und Handlungen nicht gehemmt und läuft nicht Gefahr der Spaltung. So wurden denn nicht nur die Christlich-sozialen jedesmal zurückgepiffen, wenn sie Miene zu allzu-großer parteipolitischer Selbständigkeit machten; es gibt überdies in den rein katholischen Kantonen auch keine selbständigen Bauernparteien.

Einer solchen Partei mußte es bei halbwegs geschickter Führung ein leichtes sein, in der Bundespolitik die Initiative zu ergreifen. Sie hat es reichlich und vom bürgerlichen Standpunkt aus mit Erfolg getan. Sie setzte die Berufung des Nuntius durch. Sie organisierte den Kampf gegen die Vermögensabgabe, gegen die Zollinitiative, gegen das Getreidemonopol. Sie zwang den Freisinn zum Bruch seiner sozialen Versprechungen der Nachkriegszeit wie zum Verrat seiner Versprechungen beim Beamtengesetz. Sie wußte ihren Einfluß zu steigern durch eine stille, dafür um so wirksamere Koalition mit den Bauernparteien. Sie ließ den Freisinn durch die wohlwollende Neutralität bei der Volksabstimmung über die Lex Häberlin fühlen, wie sehr er von ihr abhängig sei.

Man mag sich fragen, wieso der Freisinn so leicht aus seiner führenden Stellung hinauszumanövrieren war, wie so er sich zum Handlanger seines einstigen Erbfeindes erniedrigen ließ. Die Ursachen wurden schon angedeutet. Der rechte, das heißt der bewußt kapitalistische und klassenkämpferische Flügel des Freisinns fühlt sich innerlich den katholischen Politikern näher und wesensverwandter, als den eigenen Parteigenossen von links. Nicht wegen der Weltanschauung, nicht wegen der Kirche, wohl aber um der Uebereinstimmung der materiellen Interessen, der kapitalistischen Ziele willen.

Wenn der freisinnige Calonder erklärt, die Reichen müßten Opfer bringen, zum guten Teil die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung finanzieren, und wenn Musy antwortet, das Versicherungswerk wird sabotiert, die Reichen werden vom Opferdienst losgesprochen, wenn Schultheß mit großer Energie und aner kennenswerter Ehrlichkeit für das Getreidemonopol eintritt und Musy mit jesuitischer Nonchalance gegen das Monopol kämpft, wenn Musy seine Staatsfinanzen auf Kosten der Konsumenten und der armen Teufel «saniert» und durch seine Raubzüge gleich noch ein paar Millionen für die Bauern herausholt und die vermehrten Ansprüche des Militarismus deckt — kann da ein objektiver Beobachter auch nur einen Augenblick im Zweifel sein, nach welcher Seite das Herz der im Freisinn organisierten Fabrikanten und Kaufleute, Unternehmer und Kapitalisten schlägt? Man zahlt seinen Parteibeitrag mit zwei Franken, bleibt weiter Mitglied der Freisinnigen Partei, ist im übrigen aber froh, daß es einen Musy und eine

durch die Klerisei beherrschte Katholische Volkspartei gibt, die die kapitalistischen Interessen schützt. Und wenn das Gros des Freisinns die Notwendigkeit einer nachhaltigen Unterstützung der klerikalen Politik nicht begriffen haben sollte, so helfen wie beim Getreidemonopol und der damit in Verbindung gestandenen Versuche der Ministerstürzerei die Verbindungsmänner mit gelindem Druck nach. Sollte aber dieser Druck noch nicht genügen, so geniert sich ein freisinniger Politiker gegebenenfalls auch nicht, den Wahlfonds der Katholiken mit klingender Münze zu speisen. Herr Cailler wüßte darüber vielleicht zu berichten.

Das alles ist bereits Vergangenheit. Der katholische Politiker denkt aber auch an die Zukunft. Ihm können die bisherigen Erfolge nicht genügen. Die Ziele sind höher geschraubt. Wozu nur die Führung, warum auch nicht die restlose Beherrschung der Bundespolitik? Seipel, der Oesterreicher, ist ein Programm, das man mit einiger Verbrämung und ein paar Tropfen Weihwasser auch in die Schweiz verpflanzen kann.

Es wird sich lohnen, darüber in einem folgenden Artikel ein paar Worte zu sagen.

Zur Statistik des schweizerischen Volkseinkommens.

Von Dr. Hans Otto.

I.

Nachdem schon im Jahre 1919 Dr. Fahrländer* das schweizerische Volksvermögen in einer gründlichen und sorgfältigen Arbeit einer eingehenden und wohl auch annähernd zuverlässigen Schätzung unterworfen hat, wurde in den letzten Jahren auch die Frage der Bestimmung des schweizerischen *Volkseinkommens* in Angriff genommen. Die Schweizerische Statistische Gesellschaft setzte dieses Problem auf das Tagesprogramm ihrer Solothurner Jahresversammlung vom Jahre 1926. Die Vorträge von Prof. Reichlin und Dr. Mori wurden in der «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft» veröffentlicht**. Später erschien in der gleichen Zeitschrift noch eine Arbeit von Dr. Julius Wyler***, welche den Anspruch erheben darf, das Problem nach allen Seiten gründlich zu beleuchten und abzuklären, während die Referate der Herren Mori und Reichlin bloß vorbereitenden und vorläufigen Charakter besitzen.

* Dr. Fahrländer: Das schweizer. Volksvermögen. Diss. Bern 1919.

** Z. f. schweiz. V. u. St., 1926, S. 512 ff., und 1927, S. 1 ff.

*** Z. f. schweiz. V. u. St. 1927, S. 359 ff., Dr. J. Wyler: Das schweizer. Volkseinkommen im Jahre 1924.